
Niederschrift

Gremium:	Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss
Sitzungsdatum:	Montag, den 27.11.2023
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:09 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Andreas Brohm
Vorsitzender

 Andrea Schwarzlose
Protokollführer
Anwesend:**Vorsitzender**

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Edith Braun

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Herr Wolfgang Kinszorra

Frau Steffi Kraemer

Frau Rita Platte bis Ende TOP 14

Frau Alexandra Schleef

Herr Christoph Plötze

Herr Michel Allmrodt

Ortsbürgermeister

Herr Peter Jagolski stellv. Ortsbürgermeister

Protokollführer

Frau Andrea Schwarzlose

Abwesend:**Mitglieder**

Herr Marcus Graubner entsch. Vertreter Herr Plötze

Herr Werner Jacob entsch. Vertreter Herr Allmrodt

Herr Bodo Strube entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss der EGem Stadt Tangerhütte am Montag, 27.11.2023, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. | Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 04.10.2023 | |
| 4. | Einwohnerfragestunde | |
| 5. | Information des Ausschussvorsitzenden | |
| 6. | Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) | BV 1091/2023 |
| 7. | Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte zur Umlage der Verbandsbeiträge 2023 der Unterhaltungsverbände "Tanger", "Uchte" und "Untere Ohre" | BV 1092/2023 |
| 8. | Änderung der Kinder- und Jugendarbeit - HKK Maßnahme 84 | BV 1104/2023 |
| 9. | Kinder- und Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2024 | BV 1105/2023 |
| 10. | Antrag der WG Zukunft - Erhöhung Ansatz 2023 Ausstattung Kita Fröbel durch Mittel Ausgleichszahlung Straßenausbaubeiträge | BV 1108/2023 |
| 11. | Antrag WG Lüderitz - Errichtung Jugend- und Sportclub Lüderitz durch den Lüderitzer Heimatverein "Wir bleiben hier" e.V. nach Vorgaben der erteilten Baugenehmigung an die Einheitsgemeinde | BV 1110/2023 |
| 12. | Haushaltskonsolidierungskonzept 2024 -2028 | BV 1095/2023 |
| 13. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024 | BV 1096/2023 |
| 14. | Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |

Öffentliche Sitzung

23. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
24. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
25. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Brohm eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Entschuldigt fehlt Herr Strube. Für Herr Jacob ist Herr Allmrodt und für Herr Graubner ist Herr Plötze anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Brohm möchte gerne die BV 1105/2023 und die BV 1104/2023 tauschen. Das der TOP (Tagesordnungspunkt) 8 auf die 9 rutscht und der TOP 9 auf die 8 rutsche.

Er lässt dieses abstimmen.

Abstimmungsergebnis Tausch der TOP: 6x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 04.10.2023

Herr Kinszorra teilt mit, dass in der Seite 5, der Niederschrift vom 04.10.2023, das Abstimmungsergebnis bei TOP 10 korrigiert werden müsse. Es wurde geschrieben, dass das Abstimmungsergebnis 3x Ja, 14x Nein, 6x Enthaltung. Dies könne ja nicht sein, weil man im Hauptausschuss nicht so viele Mitglieder habe. Das richtige Abstimmungsergebnis müsse lauten: 0x Ja, 8x Nein, 1x Enthaltung. Des Weiteren teilt Herr Kinszorra mit, dass in der Niederschrift in der Seite 8 stehe: *Zwischen Herrn Brohm und Herrn Kinszorra entsteht eine Diskussion zu der Front des anliegenden Grundstückes*. Es soll ergänzt werden, dass er gesagt habe, wenn alles nicht mehr gehe, solle man als Stadtrat insgesamt zurücktreten und Herr Brohm könne auch zurücktreten. Dies fehle ihm im Protokoll vom 04.10.2023. Deshalb beantrage er, dass man nochmal rein höre und wenn es so gesagt wurde, dass es sinngemäß mit aufgenommen werde.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die Niederschrift vom 04.10.2023.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 0x Nein, 5x Enthaltung

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin Nr.1 habe ein paar Fragen zur Erhebung der Servicepauschale der Kita „Friedrich Fröbel“. Sie erklärt, den Sachverhalt. In der Kita „Friedrich Fröbel“ gebe es seit vielen Jahren das Konzept der Vollverpflegung. Das wissen die Eltern größtenteils zu schätzen und würden dies gerne beibehalten. Jetzt sei es so, dass zum 01.01.2024 der Essensanbieter gewechselt werde. Mit dem Wechsel, wird eine Zusatzgebühr erhoben. Die Eltern sollen verpflichtet werden eine Zusatzvereinbarung abzuschließen. Diese Zusatzvereinbarung wurde am 15.11.2023 in der Kuratoriumsitzung durch Frau Altmann verkündet. Direkt mit der Aussage, dass man diesen Vertrag mit dem neuen Essensanbieter erst abschließen werde, wenn alle Eltern diese Zusatzvereinbarung unterschrieben haben. Diese Zusatzvereinbarung habe man am 20.11.2023 erhalten und man habe eine Frist bekommen bis zum 24.11.2023. Es sollten alle Erziehungsberechtigte unterschreiben. Sie merkt an, dass es bei getrennten Elternteilen so kurzfristig schwierig sei. Sie erklärt, dass die Gebühr eine Pauschale enthalte für die Zubereitung des Frühstücks in Höhe von 18,85 € im Monat und nochmal 3,33 € für die Zubereitung der Vesper. Sollten nicht alle Eltern unterschreiben, werde man nur ein Vertrag für die Mittagsversorgung mit dem neuen Anbieter unterzeichnen. Sie würde jetzt ein paar Fragen dazu stellen.

Herr Brohm erklärt, dass man gerne alle Fragen klären wolle aber in der Einwohnerfragestunde hätte man nur zwei Fragen. Man kenne die Herausforderung zu diesem Thema. Der gemeinsame Nenner sei es, eine Verpflegung auf stabile Füße zu stellen. Der erste Schritt wäre, dass man auf die Mittagsverpflegung gehe. Man könne im nächsten Jahr darüber sprechen, wie man es weiter klären müsse. Er meint dieses Format sei nicht so geeignet eine Lösung zu diskutieren. Er erklärt, dass man letztendlich akzeptieren müsse, wie das KiFöG (Kinderförderungsgesetz) gestrickt sei. Dies bedeute, dass alles, was für die Essenszubereitung notwendig sei, von den Eltern getragen werden muss. Er berichtet, dass in der Schule Lüderitz die Eltern dies auch bezahlen. Es wäre eine Lösung um die Situation mit dem Essen zu klären, das man darauf zurück gehe auf dem Basisdienst. Dann könne man sich überlegen, wie man das Thema Vollverpflegung angehe Die Kita Fröbel sei auch mit anderen Preisen damals gestartet. Er findet, es sei eine Herausforderung für die Gemeinde dies herzurichten. Er teilt mit, dass man gerne ins Gespräch kommen könne. Die Einwohnerfragestunde sei wenig dafür geeignet eine Diskussion zu führen. Er teilt den Stand von heute mit. Der

sei, dass man mit einer Mittagsversorgung starte. Das sei die Basis und Verpflichtung. Alles andere könne man dann in 2024 klären.

Frau Braun meint, dass die Einwohnerin zwei Fragen stellen solle und die anderen Eltern können auch zwei Fragen stellen. Sie meint in der Rede von Herrn Brohm seien mindestens 10 Fehler drin gewesen. Sie stelle einen Antrag, dass die Stadträte anschließend reden dürfen. Sie berichtet, dass es im Sozialausschuss nur erwähnt worden sei von Herrn D. Wegener.

Herr Brohm fragt dazwischen, ob Frau Braun ein Geschäftsordnungsantrag habe.

Frau Braun verbittet sich, dass Herr Brohm sie nicht aussprechen lasse. Sie möchte darüber abstimmen lassen, dass man mit den Eltern darüber spreche.

Herr Brohm erklärt, dass jeder Einwohner zwei Fragen stellen dürfe. Auch eine Diskussion gebe die Geschäftsordnung nicht her. Er bittet Frau Braun, dass sie mit einem vernünftigen Ton sprechen solle.

Die Einwohnerin Nr. 1 fragt nach der Kurzfristigkeit. Warum dies so kurzfristig geregelt werde und warum werden die Eltern nicht durch eine Elternversammlung informiert. Sie stellt die zweite Frage. Warum die Zusatzvereinbarung mitten im Kitajahr unterschrieben werden solle. Ihr Vertrag laufe vom 01.08.2023 bis 31.07.2024 und es gebe bei ihr kein Hinweis darauf, dass eine Zusatzvereinbarung bestehe. Dieser Vertrag sei so aufgebaut, dass dort drinstehe, sie akzeptiere das Konzept der Kita. Das Konzept sei Vollverpflegung und jetzt auf Mittagsversorgung umstellen gehe aus ihrer Meinung nicht.

Eine Einwohnerin Nr.2 möchte wissen, wie die Höhe der Gebühren zustande kommen. Sie berichtet, dass Frau Altmann keine Kalkulation bei der Kuratoriumssitzung vorweisen und nicht erläutern konnte. Sie habe gehört, dass es in Bellingen viel günstiger sein solle, obwohl dort die Erzieher die Schnitten selber schmieren. Sie meint, dass eine Erzieherin mehr verdiene als eine Küchenkraft. Des Weiteren sei auch nicht in der Gebühr unterteilt zwischen Kitakinder und Krippenkinder. Da die Krippenkinder die Schnitten fertig geschmiert bekommen und die Kitakinder sich die Schnitten selber schmieren. Sie möchte wissen, warum die anderen Einrichtungen diese Gebühr nicht haben. Sie berichtet, dass weder Bellingen und Grieben diese Zusatzvereinbarung haben.

Ein Einwohner Nr. 3 möchte wissen, was passiere, wenn nicht alle Eltern unterschreiben. Im wurde gesagt, dass dann die Gemeinde den Vertrag mit dem Essensanbieter nicht unterzeichnen werde. Darauf sei man nicht vorbereitet über Konsequenzen wurde nichts erwähnt. Seine zweite Frage sei es, ob man auch an die bedürftigen Familien gedacht habe. Er möchte wissen, ob dafür nachgedacht wurde, wie diese Kosten abgedeckt werden für diese Familien.

Herr Brohm bietet an, dass man sich nochmal mit den Eltern zusammensetze.

Ein Teil ist aus seiner Sicht sei beantwortet. Er erklärt nochmal, dass man im Januar mit der Mittagsversorgung starte und dann zu klären. Dies könne man in einer Elternversammlung klären und ins Gespräch kommen. Er meint, dass hätte man natürlich viel früher machen müssen und das Kosten in jeder Einrichtung aufkommen. Er erklärt, dass das schmieren von Schnitten das Problem sei, sondern die Portionen zu verteilen. Er glaube es mache eher Sinn mit der Einrichtung zu diskutieren. Gerne komme man nochmal in die Kita „Friedrich Fröbel“ und klären dies. Er teilt mit, dass man im Januar mit den neuen Essensanbieter startet. Er bittet darum, dass die Eltern die Brote für die Kinder erstmal wieder machen solle. Dann schau man, wie es sich organisieren lasse. Er könne verstehen, dass es zu Unmut komme.

Frau Braun weist auf die Geschäftsordnung hin. Sie liest aus der Geschäftsordnung den § 6a, Absatz 4 vor. Sie sagt:“ Ich gebe zu Protokoll, dass sie mein Antrag nicht zur Abstimmung gebracht haben. Ich hätte gerne, als stellvertretende Stadtratsvorsitzende, hier auch den Eltern Antworten jetzt gegeben in dieser Runde. Hätte auch gerne noch die Meinungen unserer Kollegen und Kolleginnen hier gehört, damit die Eltern wissen, dass sie wissen das es eben nicht so ist, dass es im Sozialausschuss ausgiebig behandelt wurde, so wie sie es eben vorgetragen haben. Und ich möchte, dass dies alles was ich eben gesagt habe wörtlich ins Protokoll kommt. Wir werden dann, wenn sie das nicht zulassen unter Anfragen und Hinweis Punkt 14 dazu alle sprechen. Vielen Dank.“

Es wird ohne Mikrofon geredet, man versteht nichts.

Herr Brohm sei der Meinung, dass er Antworten gegeben habe. Man könne es besser beantworten, wenn man sich zusammen an einen Tisch sich setze und alle Fragen durch gehe. Er habe verstanden, worum es gehe und was die Problematik sei. Man werde auf die Eltern drauf zu kommen. Dies müsse man in den nächsten Tagen klären. Es mache für ihn jetzt hier kein Sinn weiter zu diskutieren.

Es wird ohne Mikrofon geredet.

TOP 5: Information des Ausschussvorsitzenden

Herr Brohm informiert darüber, dass man über all die Diskussionen, die man in letzter Zeit geführt habe, die gesetzliche Grundlage in der Freitaginfo dargelegt habe. Er berichtet, um in die Arbeitsumsetzung zu kommen, sei der einfachere Weg, dass man ab Januar die Mittagsversorgung auf einen neuen Essensanbieter in drei Einrichtungen umstelle. Man werde die Ganztagsversorgung erstmal sein lassen und man werde noch ins Gespräch dazu gehen. Er informiert, dass man die Weihnachtsbäume gesponsert bekommen habe. Der Baum am Rathausplatz wurde auch vom Bauhof errichtet. Die Kindertagesstätten werden diesen noch schmücken.

TOP 6: Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) Vorlage: BV 1091/2023

Herr Brohm erklärt die BV.

Er bittet um Abstimmung über die BV 1091/2023.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte gemäß beiliegender Fassung.

Abstimmungsergebnis: 9x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

TOP 7: Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte zur Umlage der Verbandsbeiträge 2023 der Unterhaltungsverbände "Tanger", "Uchte" und "Untere Ohre" Vorlage: BV 1092/2023

Herr Brohm erklärt die BV und liest aus der Begründung vor.

Herr Kinszorra findet, dass die Beschlussvorlage (BV) nichts Konkretes beinhaltet. Aus seiner Sicht hätte man die Sätze aufgenommen werden. In der Begründung hätte man die Spalte was bisher und die Wünsche von 2024 mit aufnehmen können. Er meint es wäre für die Stadträte günstiger. Der Beschluss sei aus seiner Sicht so nicht durchführbar. Man müsse die Gebührensätze mit aufnehmen, um eine Rechtsicherheit rein zu bekommen. Dies sollte man nochmal prüfen. Er würde sich enthalten.

Herr Brohm erklärt, dass man hier eine Satzung beschließen, die angesetzt sei und es sei alles beschrieben in der Satzung.

Herr Kinszorra meint die Änderung, die Satzung sei vom Grundsatz so geblieben.

Herr Brohm erklärt mit neuen Beträgen.

Herr Kinszorra meint, dass man die neuen Beträge mit aufnehmen solle.

Herr Brohm habe dies nicht verstanden.

Herr Kinszorra erklärt, wie er es gemeint habe.

Herr Brohm erklärt, dass in der Satzung alles drinstehe. Er empfindet dies als doppelt gemoppelt.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die BV 1092/2023.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt die Satzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte zur Umlage der Verbandsbeiträge 2023 der Unterhaltungsverbände „Tanger“, „Uchte“ und „Untere Ohre“.

Abstimmungsergebnis: 6x Ja, 1x Nein, 2x Enthaltung

TOP 8: Änderung der Kinder- und Jugendarbeit - HKK Maßnahme 84 Vorlage: BV 1104/2023

Dieser TOP wurde als 9. durchgenommen.

Herr Brohm erklärt die BV. Sein Vorschlag wäre es zu vertagen

Herr Brohm bittet um Abstimmung diese BV .zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: 9x Ja, 1x Nein, 1x Enthaltung

TOP 9: Kinder- und Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2024 Vorlage: BV 1105/2023

Herr Brohm teilt mit, dass man diese BV als TOP 8 nehme. (Siehe TOP 2)

Er erklärt die BV und den Änderungsantrag aus dem Ortschaftsrat und Sozialausschuss.

Man ginge davon aus, dass der Landkreis mit einer neuen Zuwendungsrichtlinie in 2024 komme. Diese komme aber erst in 2025. Man habe auf Grund von personellen Umstrukturierungen Kosten gesenkt. Er erklärt, dass die Jugendarbeit eine Pflichtaufgabe des Landkreises sei. Die der Landkreis nur mit zu Hilfenahme durch die Kommunen leisten könne. Der Landkreis würde sich freuen, wenn man dies weiter machen würde. Er meint, dass die Bedarfe für die Jugendarbeit da seien. Man sollte gut drüber nachdenken größere Einschnitte zu machen.

Frau Braun spricht darüber, dass man 50.000 € für Tangerhütte ausbehalte trotz Haushaltssperre und Haushaltskonsolidierung. Sie wüsste nicht, wie Herr Brohm dies rechtfertigen könne, denn der Beschluss des Stadtrates war nicht so, dass der Jugendclub in Tangerhütte in seine jetzige Konstellation bleibe. Auch wenn man eine Umprofilierung der Stelle gemacht habe, seien es immer noch 50.000 €. Sie meint, was im Sozialausschuss von Frau Altmann gesagt wurde, dass der Landkreis an die Verwaltung herangetreten sei, sei nicht wahr. Sie erklärt, dass der Landkreis Träger der Jugendhilfe und für ihn sei die Jugendarbeit an sich eine Pflichtaufgabe. Es sei aber nicht aufgeführt welcher Umfang, welchen Rahmen und welche Konstellation. Der Gesetzesgeber lasse dies frei., wie die finanziellen Möglichkeiten und Örtlichkeiten seien. Sie meint, als EGem sei es eine freiwillige Aufgabe. Sie beanstandete die BV, dies sei ein Trick von Frau Altmann mit der Änderung der Kinder- und Jugendarbeit. Man spreche nicht über die Kinderarbeit. Sie möchte das dies verändert werde. Sie erklärt, dass Kinder bis 14 Jahre einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Hort. Dies sei gesetzlich geregelt. Ab 14 Jahre beginne die Jugendarbeit. In Tangerhütte seien keine Jugendlichen. Sie möchte eine Auflistung haben, welche Kinder von welchem Alter gehen in den Jugendclub. Sie berichtet, dass man dafür jedes Jahr 86.000 € drin habe. Sie berichtet, dass im Sozialausschuss gesagt wurde, dass das Gebäude, wo der Jugendclub momentan noch drin sei, sehr desolat ist. Dort solle es durchregnen. Dies habe man noch gar nicht gewusst. Sie habe schon mehrfach gesagt, dass das Kulturhaus das Dorfgemeinschaftshaus von Tangerhütte werden solle. Und alle Vereine ins Kulturhaus gehen sollen. Sie findet, dass man es nicht in 6 Monaten geschafft habe die Sache mit dem Brandschutz zu klären. Sie verbittet sich, dass Herr Brohm sage, dies sei eine Pflichtaufgabe. Sie findet Herr Brohm bleibe an dem alten Muster haften. Sollte man dies weiter über den Haushalt betreiben, werde sie Anzeige erstatten. Da Herr Brohm keine Konsolidierung mache über das, was im Jahre 2021,2022 und 2023 beschlossen wurde Sie meint, dass alle Maßnahmen sich gut wie nicht wieder im HKK und in Prioritätsliste der Investitionen. Es komme immer wieder was Neues, man wisse überhaupt nicht, wo man stehe. Es gehe nicht um die Änderung, sondern es gehe um die Umsetzung des Beschlusses im Rahmen der Haushaltsdiskussion aus dem Frühjahr 2023. Sie wolle dies nicht.

Frau Platte denke, man solle die Jugendarbeit als Pflichtaufgabe bezeichnen. Sie habe eine Tischvorlage hingelegt (Siehe Anlage 1) Sie spricht über die Punkte der Tischvorlage.

Herr Brohm erklärt Frau Platte, dass man ihre Tischvorlage zum Thema Haushalt durchgehen könne, jetzt sei man beim Thema Jugendarbeit.

Frau Platte fragt nach, ob der Zuwendungsbescheid nur für Tangerhütte gelte.

Herr Brohm erklärt, dass es um ein dauerhaften Zuwendungsbescheid gehe.

Frau Platte erklärt, dass man belastbare Vorschläge von der Verwaltung zum Thema Jugendarbeit wollte. Die seien bis heute nicht gekommen.

Herr Brohm findet, dass die Mitarbeiterinnen einen guten Überblick haben über die Bedarfe. Er liest aus dem Änderungsantrag des Haushaltes 2023 ein Punkt vor. Dieser Punkt lautet Absenkung der Aufgaben sowie der damit verbundenen Kosten im Bereich Jugendclubs der EGem Stadt Tangerhütte. Eine neue Konsolidierungsmaßnahme ist aufzunehmen. Er erklärt, dass man gerade in dieser Umsetzung sei. Er liest weiter vor: *Die Jugendarbeit in Tangerhütte sei nicht zwingend an ein Gebäudestandort gebunden. Viel mehr bestehe hier die Möglichkeit, durch die neu zu schaffender Struktur außerhalb einer festen Einrichtung insbesondere für Jugendliche als Ansprechpartner zu fungieren oder im Zusammenhang mit anderen Trägern die Jugendarbeit Angebote zu unterbreiten. Die Jugendarbeit wird sich dabei nicht auf die Ortschaft Tangerhütte beschränken. Vielmehr sollen alle Jugendlichen der EGem einbezogen werden.*

Er erklärt, dass es aktuell so sei, dass man einen festen Standort brauche, sonst gebe es keine Förderung. Er stellt klar, dass er nie behauptet habe, dass dies eine Pflichtaufgabe der EGem sei. Er habe immer gesagt, dass es für den Landkreis eine sei.

Frau Kraemer meint, dass man die Jugendarbeit mit dieser BV vermenge. Denn hier gehe es darum, Gelder bereitzustellen und den Vertrag nochmal durchzuführen. Sie findet, man habe es nicht geschafft, es innerhalb eines halben Jahres, dass Thema mit den Räumlichkeiten hier im Kulturhaus für die Jugendarbeit zu klären. Auch wenn der Bauhof die Brandschutztüren einbauen könne, müsse es vom Amt abgenommen werden. Dies müsse im vor hinein geprüft werden, bevor man einen Beschluss fasse. Sie sei für die Beantragung der Gelder für 2024, da auch die mobile Jugendarbeit darunterfalle.

Frau Braun meint, dass die mobile Jugendarbeit ein extra Posten sei. Dies sei auch im Haushalt extra aufgeführt. Sie erklärt, dass der Fördermittelantrag nur für Tangerhütte sei. Davon habe Luderitz, Bittkau und Grieben nichts. Das sei das, was sie kritisiere, da man beschlossen habe

Schluss zu machen mit der Priorisierung Tangerhütte, wo nur Kinder seien, die eigentlich im Hort gehen können. Sie erklärt, dass man drei Standorte die gleichgestellt seien haben. Aus ihrer Sicht könne es nicht sein, dass man im Jahr 2022 60.000 € für Grieben und Lüderitz für einen Jugendclub drin hatte. Und jetzt sei dies alles nicht mehr wahr. Sie spricht über Lüderitz und den Verkauf des Kinderheims. Sie habe Geld gesammelt, damit sie das hinbekomme. Sie habe keine Unterstützung und findet, dass die Ungleichbehandlung so nicht gehe. Sie erklärt, dass Lüderitz ein zentrales Dorf sei, wo nicht nur von Lüderitz Jugendliche kommen, sondern aus dem ganzen Umfeld. Selbst Tangerhütter kommen nach Lüderitz, weil in Tangerhütte kleine Kinder und keine Jugendliche seien. Sie möchte zum nächsten Stadtrat eine Liste haben, von den Kindern die wirklich in den Jugendclub in Tangerhütte gehen.

Frau Kraemer fragt nach, was passiere, wenn man dies nicht zustimme, sei denn die Jugendarbeit in Tangerhütte null. Sie findet, dies wolle man nicht und mit diesem Beschluss sichere man erstmal die Jugendarbeit für 2024 in Tangerhütte.

Frau Schleef fragt nach, ob es ein Ort sein müsse. Sie meint man habe drei Orte und zählt auf Lüderitz, Bittkau und Tangerhütte. Sie findet, warum man das Geld nicht auf alle drei Orte aufteile.

Herr Brohm antwortet, dass es die Zuwendungsrichtlinie es nicht zu lasse. Er erklärt, dass sich alle einig waren, dass man die Struktur ändere und auf ein breiteres und kostengünstigeres System umstelle. Er berichtet, dass eine Idee mit der BV 1104/2023 parallel zu dieser BV vorgestellt. Da aber erst 2025 eine neue Zuwendungsrichtlinie zu erwarten sei, ist angeraten das aktuelle System Kinder- und Jugendarbeit aufrecht zu erhalten. Er berichtet, dass man mit der mobilen Jugendarbeit erfolgreich unterwegs sei und man noch mit der neuen Richtlinie ab 2025 noch weitere Orte mit ins Boot holen werde. Er zählt auf, dass die mobile Jugendarbeit in Dorfgemeinschaftshäusern und in Mehrzweckhallen auf den Dörfern unterwegs sei. er erklärt, dass hier heute in diesem Beschluss darum gehe, ob man den Vertrag kündige oder nicht. Er erklärt, dass man so umstrukturiert habe, dass man Kosten einspare.

Frau Platte findet, dass Herr Brohm sich für 2025 einsetze, dass man mögliche andere Orte mitreinnehe in diese Förderung. Sie meint, man müsse dies hier beschließen, um Geld zu bekommen auch wenn es nur für Tangerhütte sei.

Herr Kinszorra merkt an, dass im Beschluss stehe, dass es über den Jugendclub Tangerhütte gehe. Er liest den Änderungsantrag des Sozialausschusses und dazu das Abstimmungsergebnis vor. Er spricht darüber, dass der Ortschaftsrat auch dafür gestimmt habe. Er sei der Meinung, man solle hier abstimmen und es gehe hier nur um Tangerhütte.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag aus dem Sozialausschuss.

Der Änderungsantrag lautet: Das in dem Beschlussvorschlag der Text.... *am neuen Standort* – gestrichen werden soll.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 1x Nein, 0x Enthaltung

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die BV mit der Änderung.

Der Stadtrat der EGem Stadt Tangerhütte beschließt in Vorgriff auf die Haushaltssatzung 2024 den Zuwendungsvertrag für den Jugendclub Tangerhütte zu erfüllen und die damit verbundene Zuwendung durch den Landkreis Stendal abzurufen und zweckgebunden für den Jugendclub Tangerhütte, einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 7x Ja, 1x Nein, 1x Enthaltung

TOP 10: Antrag der WG Zukunft - Erhöhung Ansatz 2023 Ausstattung Kita Fröbel durch Mittel Ausgleichszahlung Straßenausbaubeiträge **Vorlage: BV 1108/2023**

Herr Kinszorra teilt mit, dass es laut Richtlinien des Landes nicht gehe. Er habe im Hauptausschuss am 04.10.2023 nachgefragt, wo die Differenz geblieben sei. Er frage nochmal an, wenn das Geld nur für die Straßen – und Gehwegsanierung sei, warum es nicht erweitert werde der Gehweg, bis zur Otto-Nuschke- Straße. Es wurde bis heute nicht gesagt, wo die Differenz verbucht wurde. Man werde den Antrag nicht zurücknehmen, da man keine Aufklärung habe, wo die 28.000 € geblieben seien.

Herr Brohm meint es stehe in einer Freitagsinfo. Er erklärt, dass es dort ein Huckel gebe in dieser Straße, den man noch weg machen wolle. Der Zustand der Gehwege in der gesamten Ortslage Tangerhütte, erscheine der Gehweg in der Rosa- Luxemburg – Straße relativ gut. Er erklärt, dass es Mittel seien die nicht verfallen. Man werde den Betrag ins nächste Jahr nehmen und schaue dann, was man damit umsetzen könne. Diese Mittel könne man nur für die Gehwege und Straßensanierung genutzt werden.

Herr Kinszorra fragt nach, da man 80.000 € für die Gehwegsanierung Rosa-Luxemburg- Straße beschlossen, auf einmal werde gesagt, dass man nur noch ein Stück mache und man das Geld für

was anderes verwende. Obwohl der Stadtrat dies beschlossen habe. Dies verstehe Herr Kinszorra nicht und es müsse hier klar dargestellt werden, dass der Bürgermeister anders entscheidet als der Stadtrat es beschlossen habe. Er findet, dass könne so nicht sein. Er möchte wissen, wo die Beträge geblieben seien und warum nicht weiter gebaut werde in der Rosa-Luxemburg-Straße. Er meint, dass man zum nächsten Stadtrat eine akkurate Antwort bekomme.

Herr Brohm antwortet, dass man eine Antwort schon gegeben habe. Dieses Geld sei nicht ausgegeben worden. Es wurde überlegt, dass es Straßen und Gehwege gebe, die noch schlechter seien. Man werde es in der Freitaginfo nochmal darstellen. Er findet, es sei eine schöne Idee aber es sei rechtlich nicht möglich, dass Geld für was anderes zu nehmen.

Herr Kinszorra berichtet, dass vor 5 Jahren eine akkurate Analyse, über die Gehweg Situation gemacht wurde. Er schäme sich als Stadtrat, wenn er in Tangerhütte über Bordsteinkanten und Fußwege stolpert. Er habe bisher keine Antwort bekommen, wie sein könne, dass ein Stadtratsbeschluss auf einmal abweiche.

Herr Brohm merkt an, dass Herr Kinszorra die Gehwegsituation bemängelt aber möchte das Geld für Möbel für die Kita ausgeben.

Herr Kinszorra erklärt, dass dieser Antrag ein Versuch war. Jetzt werde gesagt, dass dies nicht gehe. Er meint, dass der Beschluss unterlaufen wurde, in dem nicht 88.000 € ausgegeben werden, sondern nur 50.000 €. Und dann schaue man, was man im nächsten Jahr damit mache. Er findet, dann bräuchte man nichts mehr als Stadtrat was zu beschließen und die Interessen der einzelnen Bürger und die Ortschaften zu berücksichtigen. Er findet, es müsse klar sein, dass man von Beschlüssen des Stadtrates nicht abweichen könne. Deshalb nehme er diesen Antrag nicht zurück, weil es diskutiert werden müsse. Er findet, man hätte auch im Stadtrat erklären könne warum man nicht die ganze Summe nehme. Dann hätte man beschließen können, wo man dieses Geld für Straßen- oder Gehwegsanieerung einsetzen solle.

Herr Brohm bittet um Abstimmung dieser BV 1108/2023.

Die Fraktion WG Zukunft stellt den Antrag der Stadtrat möge beschließen, dass die Differenz der in der Investitionsliste 2023 für die Gehwegreparatur in der Rosa-Luxemburg-Straße vorgesehenen Mittel zu den tatsächlich entstehenden Kosten laut Vergabe, in Höhe von 28.543,03 €, für die Erhöhung des Ansatzes zur Beschaffung von Ausstattung für die Kita Fröbel verwendet und dementsprechend umgewidmet werden sollen (vgl. S. 56 ff. Haushaltsplan der EGem Stadt Tangerhütte 2023).

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 4x Nein, 1x Enthaltung

TOP 11: Antrag WG Lüderitz - Errichtung Jugend- und Sportclub Lüderitz durch den Lüderitzer Heimatverein "Wir bleiben hier" e.V. nach Vorgaben der erteilten Baugenehmigung an die Einheitsgemeinde

Vorlage: BV 1110/2023

Frau Braun findet, da man wieder für Tangerhütte 50.000 € und für Bittkau 17.000 € (Jugendclub) ausgeben werde, sehe sie nicht ein, dass Lüderitz alles gratis mache. Man habe auch ein Recht auf Unterstützung. Sie berichtet, dass man das Kinderheim für 86.000 € verkauft habe und es wurde nichts in Lüderitz umgesetzt. Sie findet dies ungerecht. Sie erklärt, dass Lüderitz die zweitgrößte Gemeinde sei. Dort habe man sehr viele Jugendliche, die aus dem ganzen Umfeld kommen. Sie habe diesen Antrag aus reiner Verzweiflung gemacht, weil die Jugendlichen nicht wissen, wo sie hinkönnen. Die Jugendlichen hungern in den Bushaltestellen und auf dem Sportplatz rum. Dort werde dann auch Blödsinn gemacht. Sie möchte, dass ihr Ort ein System habe und Sicherheit herrsche. Sie möchte, die Jugendlichen alle an einen Ort haben, um sie unter Kontrolle zu haben. Sie erklärt, dass sie die Betreuung ehrenamtlich mache. Sie berichtet, dass man eine Baugenehmigung vom Landkreis von März 2022 habe. Für die Aufstellung des Containers und ein 1,5 Jahre später sei immer noch nichts da. Dies sei ihr Ansatz, dass diese Genehmigung auf ihr Projekt übertragen werde. Diese Genehmigung habe auch Geld gekostet. Da diese noch nicht abgelaufen sei, könne man sie sinnvoll umsetzen. Sie verlange trotzdem, dass in den Haushalt 2024, die Summe von 25.000 € mit aufgenommen werde.

Herr Brohm findet die Idee vom Grundsatz nicht verkehrt, aber es Bedarf eines Beschlusses. Er erklärt warum, weil man eine vertragliche Verbindung eingehe und dies darf nur der Stadtrat entscheiden.

Frau Platte sei dafür, dass die großen Orte Jugendclubs bekommen. Sie findet, wenn es eine Baugenehmigung für einen Container gebe, wieso wird das nicht umgesetzt und ein Container aufgestellt.

Herr Brohm erklärt, dass er nicht alleine entscheiden könne, wie nächstes Jahr die Betriebskosten ausgegeben werde. Es sei ein Vertrag mit dem Verein

Frau Platte erklärt, dass sie aus der Begründung der Verwaltung nicht raus lese.

Herr Brohm erklärt, dass die EGem die Folgekosten tragen müsse.

Frau Platte fragt nach, welche Kosten unter Folgekosten gemeint seien. Sie halte es für falsch, dass Frau Braun kein Personal möchte.

Herr Brohm meint, dass es besser wäre, wenn man einen Betrag X definiere und alle Rechnungen gehen an den Verein.

Frau Braun stellt klar, dass der Jugend- und Sportclub so heiße habe damit zu tun, dass der Standort des Containers am Sportplatz hinkommen solle. Sie möchte, dass die Toilette des Sportplatzes mit genutzt werde. Sie meint, Herr Brohm habe verkehrt hier erklärt. Sie erklärt, dass der Nutzungsvertrag über diese Beschlusslage, dass der Container ins Eigentum der EGem gehe. Damit sei die EGem auch für die Folgekosten und Betriebskosten zuständig. Sie merkt an, dass Herr Brohm diesen Nutzungsvertrag bis heute noch nicht vorgelegt habe. Sie findet, dieser Vertrag hätte an dieser BV mit rein gemusst.

Es wird ohne Mikrofon geredet.

Frau Schleef verstehe diese Diskussion nicht. Sie findet es gut, dass der Container dort hinkomme. Sie sei auch dafür, wenn dies ins Eigentum der EGem gehe, dass man verantwortlich sei.

Herr Kinszorra fragt nach, warum der Sozialausschuss hierzu keine Stellungnahme abgegeben habe und dies nicht auf die Tagesordnung gekommen sei.

Herr Brohm antwortet, da es erst im Nachhinein auf dem Tisch kam.

Es wird ohne Mikrofon geredet.

Frau Schleef stellt zwei Geschäftsordnungsanträge, einmal Ende der Rednerliste und einmal bittet sie auf die Geschäftsordnung zu achten, dass man nur zweimal reden solle und für zwei Minuten zu einem Punkt.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über den Antrag, Ende der Rednerliste.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

Herr Plötze meint, man solle in der BV eine Zielsetzung machen und festsetzen, wann der Container aufgestellt werde.

Es wird ohne Mikrofon geredet.

Frau Kraemer sei nicht ganz schlau geworden aus den Ausführungen von Frau Braun. Sie möchte wissen, was sie jetzt hier beschließe.

Herr Brohm erklärt, dass man eine rechtliche Grundlage brauche, dass neue Kosten auf die EGem zu komme. Des Weiteren erklärt er, dass man eine rechtliche Grundlage brauche, dass jemand anders in die Baugenehmigung eingetragen werden kann.

Frau Kraemer findet es nur traurig, dass der Verein dies durch Spendenmittel aufbringen müsse.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die BV 1110/2023.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt, auf Grundlage des Antrages der Fraktion WG Lüderitz, die Errichtung eines Containers als Jugend- und Sportclub auf dem Sportplatzgelände Lüderitz durch den Heimatverein „Wir bleiben hier“ e.V., unter Berücksichtigung der erteilten Baugenehmigung. Der Heimatverein wird in Absprache mit dem Ortschaftsrat Lüderitz einen Container kaufen und die nötigen Voraussetzungen bautechnisch realisieren. Für die Errichtung und Inbetriebnahme des Containers werden keine finanziellen Mittel der Einheitsgemeinde benötigt. Nach der Errichtung des Containers geht dieser in das Eigentum der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte über. Die Betreuung soll auf Grundlage eines Nutzungsvertrages über den Heimatverein „Wir bleiben hier“ e.V. erfolgen. Die Folge- und Betriebskosten sollen bei der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte verbleiben.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

TOP 12: Haushaltskonsolidierungskonzept 2024 -2028

Vorlage: BV 1095/2023

Herr Brohm macht Ausführungen zur Haushaltsberatung 2024. Siehe Anlage 2.

Frau Braun verlässt den Saal um 20:35 Uhr.

Frau Braun kommt um 20:37 Uhr wieder.

Frau Braun könne nicht verstehen, in der Tischvorlage auf der Seite wo ein Diagramm zur Finanzierung für Kita sei, stehe in Lila Erstattungen Elternbeiträge. Sie meint, man erstatte doch keine Beiträge.

Herr Brohm erklärt was damit gemeint sei, dass die Eltern die EGem Beiträge erstattet.

Frau Braun merkt an, dass Elterneiträge extra aufgeführt seien.

Herr Brohm erklärt, dass man hier aufgeführt habe, woher überall Geld komme. Er zählt auf, die Zuwendung Landkreis, Zuwendung des Landes, die Elternbeiträge, die Erstattungen Elternbeiträge (Geschwisterregelung). Dann setzt er seine Ausführung zu der Tischvorlage fort.

Frau Platte erklärt ihre Tischvorlage. Siehe Anlage 1. Sie spricht über die Erhöhung der Personalkosten im Allgemeinen. Sie teilt mit, dass der Ortschaftsrat Grieben in keinster Weise den Haushalt positiv gegenüberstehe. Sie stimmt dem Haushalt (HH) und das Haushaltskonsolidierungskonzept (HKK) nicht zu.

Frau Kraemer möchte wissen, wieweit die aktuellen Jahresabschlüsse seien. Wo stehe man.

Herr Brohm antwortet, dass man in einer Freitaginfo eine Übersicht gemacht habe. In der Übersicht sei man bis im Jahr 2020.

Frau Kraemer findet, man sei aber bei 2023. Man habe keine aktuellen Zahlen und man weiß nicht, wo man geradestehe. Sie meint, dass man bei der Konsolidierung das Ziel nicht erreiche. Sie frage sich, warum sie zustimmen solle, wo sie genau wisse, es haeue hinten und vorne nicht hin.

Herr Brohm antwortet, dass es eine Aufgabe des Bürgermeisters sei einen Haushalt aufzustellen und egal wie. Man habe die letzten Jahre versucht möglichst alles einzuhalten und es gesetzeskonform sei. Er berichtet, dass dies mit Stand letzten Jahres einfach nicht mehr möglich gewesen war. Selbst wenn man alle freiwilligen Aufgaben weglasse und die Steuern erhöhe, würde es immer noch nicht reichen das Defizit zu decken. Am Ende komme man nur mit einem Haushaltsbeschluss in der Handlungsfähigkeit. Er zählt ein paar Dinge auf, die man in diesem Jahr gemacht habe, z. B. Giebelseite der Mehrzweckhalle in Lüderitz. Er spricht über den Jahresabschluss. Man werde keine neuen Erkenntnisse aus einem Jahresabschluss erzielen. Wenn man sich die Zahlen bis 2028 anschau, wisse man was auf einen zukomme. Die Bilanzsumme habe sich seit 2014 verändert. Die Jahresabschlüsse bedeuten, ob man von der Substanz lebe oder ob man investiert habe. Man könne sagen, dass die EGem nicht von der Substanz gelebt, sondern investiert habe. Er spricht von der Kreditverbindlichkeiten, die sei von ca. 12 Mio. € auf 7,5 Mio. € gefallen. Die Höhe des Anlagenvermögen ändere sich, wenn man z. B. eine Kita saniere.

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die BV 1095/2023.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf Grundlage des § 100 Abs. 3 und 5 Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung, das Haushaltskonsolidierungskonzept der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Jahre 2024 – 2028 gemäß beiliegender Fassung.

Abstimmungsergebnis: 3x Ja, 6x Nein, 0x Enthaltung

TOP 13: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024

Vorlage: BV 1096/2023

Herr Brohm bittet um Abstimmung über die BV 1096/2023.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung die Haushaltssatzung § 100 und den Haushaltsplan § 101 der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Haushaltsjahr 2024 gemäß beiliegender Fassung.

Abstimmungsergebnis: 3x Ja, 6x Nein, 0x Enthaltung

TOP 14: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Frau Braun möchte ihr Gesagtes wörtlich haben. Sie sagt: "Ich möchte nochmal auf die Beiträge in der Einwohnerfragestunde, da sie ja keine Diskussion zugelassen haben, doch nochmal kommen. Herr Brohm ich hab das auch im Sozialausschuss gesagt, da waren sie anwesend. Es kann nicht sein, dass man ein Betreuungsvertrag fürs Jahr hat und mittendrin werden Veränderungen gemacht und man wird fast genötigt, von der Verwaltung, dass zu unterschreiben. Weil ansonsten keine Vollverpflegung mehr stattfindet. Wenn so mit den Eltern gesprochen wird, ist das für mich nicht rechtskonform. So darf eine Verwaltung im öffentlichen Dienst nicht argumentieren, Herr Brohm. Ich möchte, Frau Schwarzlose, dass das wörtlich ins Protokoll kommt. Also, was hier passiert, ist aus meiner Sicht ohne Kalkulationsgrundlage, ohne also ne langfristige Diskussion also das ist ja alles sehr kurzfristig, innerhalb von 4 Wochen kann man sagen, sollen sich alle entscheiden und ohne überhaupt andere Möglichkeiten zu suchen einfach hier den Eltern, die Eltern zu zwingen, zu nötigen es ist Nötigung dieses zu machen, dass geht, aus meiner Sicht überhaupt nicht. Wir haben eine Benutzung, eine Satzung, eine Kitasatzung zur Benutzung und wir haben eine Gebührenordnung für Kita. Das hätte alles, wenn die Verwaltung sagt, wir kommen damit nicht klar oder wir müssen was verändern. Dann muss das in die Beratungsfolgen des Stadtrates und muss durch Stadtratsbeschluss entschieden werden. Und es ist keine Angelegenheit der laufenden Verwaltung, weil es

gegen die Satzung geht und gegen den Betreuungsvertrag, den die Eltern und die Verwaltung unterschrieben haben. Auf der Basis unserer Satzung. Und es kann nicht sein, dass sie sowas zu lassen in ihrem Haus. Ich muss ihnen ehrlich sagen, aus meiner Sicht, müssen sie das zurücknehmen. Das geht so nicht. Und genau, ich finde auch, dass auch Erzieher, wir haben jetzt eine offene Erziehungsarbeit in vielen Einrichtungen, da können die Kinder machen was sie wollen, was ich nicht gut finde. Ich halte viel von Struktur, Bildung und Erziehung als Einklang. Dann können auch die Erzieher, die Schnittchen machen. Ist meine Meinung. Man hat doch z. B. Praktikanten man hat Auszubildende überall sind in den Einrichtungen Kräfte die das können. Herr Brohm, die Essenausgaben, was sie vorhin erzählt haben in den Grundschulen und in die Kitas, die bestehen in allen Einrichtungen zusätzlich, schon. Das ist nichts Neues. Und diese Haushaltshilfen, wie man sie auch nennen möchte technische Kräfte, die können damit herangezogen werden ohne dass es zusätzliche Serviceleistungen bedeutet. Ich kann das alles nicht mehr verstehen, wie hier mit den Eltern umgegangen wird. Danke“.

Frau Schleef möchte wissen, wie es dazu gekommen sei, dass diese Servicepauschale fällig werde und ob es ein Ereignis gegeben habe. Wenn es ein Ereignis geben habe, möchte sie wissen was für eins. Sie sei kein Fan von dieser Vollverpflegung.

Herr Brohm antwortet und schildert, dass man einen neuen Catereranbieter brauche. Für jeder Kindergartengruppe müsse das Essen vorbereitet werden. Jetzt im Zusammenhang, dass man den Essensanbieter wechselt, müsse man schauen, was für Kosten entstehen.

Frau Schleef möchte wissen, ob der jetzige noch Anbieter, dass Frühstück mit gemacht habe.

Herr Brohm antwortet, nein, das haben immer schon städtische Mitarbeiter gemacht.

Frau Schleef fragt nach, ob wegen der Vollverpflegung schon mehr Mitarbeiter vorhanden seien.

Herr Brohm antwortet, ja. Deswegen liege eine Kalkulation vor.

Frau Schleef fragt nach, da es eine Servicepauschale sei, ob dann noch das Essen selber mit draufkomme.

Herr Brohm antwortet, genau. Er berichtet, dass es Essensanbieter gab, die angeboten haben, dies aufzubereiten.

Frau Schleef möchte wissen, ob diese Pauschale bis dato nicht bezahlt wurde.

Herr Brohm bejaht dies.

Frau Schleef erklärt an einem Beispiel (Torte), dass der Mitarbeiter sowieso Vorort da seien.

Herr Brohm erklärt, dass in der Kita die Mitarbeiter nicht Vorort wären, sondern erst später anfangen bräuchten.

Frau Schleef fragt nach, wieviel Kinder in der Kita „Friedrich Fröbel“ seien.

Herr Brohm antwortet ca. 100 Kinder. Er teilt mit, dass ab 01.01.2024 erstmal die Mittagsversorgung gemacht werde.

Frau Schleef findet, dass es jetzt auch schon geleistet worden sei. Des Weiteren findet sie, dass es ein Schnellschuss sei, es zu sagen. Und man hätte es mit Ruhe mit den Eltern und Kuratorium besprechen können. Sie findet diese Sache, wie es gelaufen sei auch nicht in Ordnung. Aber jetzt zu sagen, wenn man das Geld ab Januar 2024 nicht bekomme, dann biete man das nicht mehr an, sei nicht ok.

Herr Brohm lädt die Mitglieder zum Praxistag in den Kitas ein. Um die Herausforderung mal zu sehen.

Frau Kraemer findet es nicht schön, dass Herr Brohm am Anfang versucht habe, die Eltern in der Einwohnerfragestunde abzuwürgen. Sie berichtet, dass es im Sozialausschuss auch keine Info darüber gegeben habe. Dort sei es nur rausgekommen, weil von den Mitgliedern jemand selber betroffen ist, wurde das Thema überhaupt erst angesprochen. Sie findet, dass die Stadträte Informationen brauchen. Sie sehe dies als einen roten Faden, wie die Verwaltung hier arbeite mit den Bürgern. Sie spricht über die Kita in Demker, da wurde man auch vor vollendeten Tatsachen gestellt. Jetzt sollen die Eltern innerhalb von 4 Tagen einen neuen Vertrag unterschreiben, so gehe man mit Eltern nicht um. Sie findet es als Erpressung. Sie spricht vom Sozialausschuss, dass dort Frau Altmann gesagt worden sei, dass die Eltern sich einen anderen Kindergarten suchen können. Sowas sollte vorher geregelt werden.

Frau Platte stimmt Frau Kraemer zu. Die Verwaltung sei normalerweise Dienstleister für die Bürger und das sei sie nicht. Sie findet, wenn solche Aussagen von Frau Altmann komme, müsse Herr Brohm dies unterbinden.

Herr Kinszorra findet, dass Herr Brohm anders mit Bürgern, Eltern und Vertragspartnern umgehen sollte. Er möchte sein gesagtes wörtlich haben. Er sagt:“ Ich erwarte zur nächsten Stadtratssitzung eine Antwort und lade schon mal mehr Eltern von der Kita „Friedrich Fröbel“ zur Einwohnerfrage-

stunde am 06.12.2023 zu kommen. Und jetzt kommen meine Fragen dazu. Warum wurden die Eltern nicht in einer Elternversammlung vom Träger informiert? Warum wurden die Verträge einfach ins Fach gelegt und sollten innerhalb von 4 Tagen unterschrieben sein? Heute wurde gesagt, dass es nur 2 Tage waren. Warum haben die anderen Eltern in anderen Kitas mit Vollverpflegung noch keine Verträge erhalten? Warum ist es in der Kita Bellingen billiger, wenn dort doch Erzieherin diese Brote schmieren, die ja wohl ein höheres Gehalt beziehen, also Frage der Kalkulation? Warum versucht man, bei solch ein heiklen Thema nicht durch Aufklärung und Mitnehmen der Eltern eine für alle zufrieden

stellende Lösung zu finden? Und das haben meine Kollegen vorher schon alle gesagt, Frau Schleef und Edith und Rita und Frau Kraemer. Und das muss geklärt werden. Das ist der erste Punkt meiner Anfragen und Anregungen, manche waren ja erregter. Zweitens, in der Volksstimme wurde nochmal berichtet und das ist auch hier angekommen es wurde ja eine Anhörung in Juno gemacht, zu den neuen Transportkorridor der Deutschen Bahn. Der von der Ostsee bis nach Nürnberg oder München gehen soll. Auf der Trasse Stendal, Magdeburg. Hier hat wohl die Gemeinde auch die Möglichkeit eine Stellungnahme an das Eisenbahnbundesamt in Braunschweig bis zum 02.01.2024 darzustellen. Zu Fragen Lärm- und Erschütterungsemmissionen. Dazu die Frage, werden wir als Einheitsgemeinde und Verwaltung Stadt Tangerhütte dazu eine Stellungnahme abgeben?“

Herr Brohm nehme das mit, um zu schauen worum es da gehe.

Herr Kinszorra erklärt, dass im Juli 2023 eine Anhörung stattgefunden habe. Jetzt wird eine 2. Anhörung durchgeführt. Er findet man solle was tun.

Herr Brohm erklärt, dass es deutlich klargelegt wurde, bei welchem Stadion diese Sache sei. Man sei bei der Vorplanung. Es wurde die Bahn eingeladen und im Juli habe die Bahn dargelegt, wie sie agieren wird. In Wolmirstedt sei es anders. Man sei mit der Bahn im nächsten Jahr wieder verabredet.

Herr Kinszorra fragt nach der Darstellung der Umänderung der 28.000 € Einsparung der Gehwegsanierung Rosa-Luxemburg-Straße. Er möchte eine Erklärung haben, was damit gemacht werde zum nächsten Stadtrat. Des Weiteren möchte er wissen, wie der Sachstand der Schadenersatzansprüche des Investors für die Kita in Lüderitz.

Herr Brohm erklärt, dass es ein Thema für den nichtöffentlichen Teil sei.

Herr Kinszorra möchte wissen, ob es Erkenntnisse gebe zum Stadtratsbeschluss für die rechtliche Bewertung der Unterfinanzierung.

Herr Brohm weist auf die Freitaginfo hin, mehr Erkenntnisse habe er auch nicht.

Frau Platte verlässt den Saal um 21:33 Uhr und betritt den Saal um 21:34 Uhr.

Frau Braun spricht nochmal über das Schallschutzgutachten der Bahn. Diese Haltung der Verwaltung dazu könne sie nicht nachvollziehen. Sie habe die Erfahrung mit der A14 gemacht und berichtet, wie es dort gewesen sei. Dann komme man nicht mehr an. Sie ist der Meinung, dass man in dieser Phase aktiv Einfluss nehmen solle. Sie berichtet, dass in den Jahren 2021, 2022, 2023 im Stadtrat Beschlüsse gefasst wurden für Investive Maßnahmen. Sie zählt einige auf, z. B. Radweg Schleuß, Jugendclubs usw. Sie findet, dass man nichts mehr wiederfindet, im jetzigen Programm. Sie meint, dass die Verwaltung nicht mehr durchsehe. Die Verwaltung wisse nicht mehr was ist ein Stadtratsbeschluss und was werde reingenommen. Sie spricht von den Planer Herr Klug. Ihm wurde 73.000 € als Mitteilungsvorlage ad hoc überwiesen. Sie sei der Auffassung, dass man in der Haushaltskonsolidierung und Haushaltssperre hätte man diesen Nachtrag des Planers für das Feuerwehrgerätehaus, da es teurer geworden sei, nicht als Mitteilungsvorlage bekommen sollen. Man hätte darüber reden müssen. Stattdessen wurden die Aufwendungen von Herrn Stute, negiert. Dies findet sie unerhört. Dies sei unsauber und es sei keine Vertrauensbasis.

Herr Brohm zeigt mit Hilfe des Beamers, die Vorplanung der Deutschen Bahn.

Herr Brohm stellt die Nichtöffentlichkeit um 21:36 Uhr her und macht eine 5-minütige Pause.

Frau Platte verlässt die Sitzung um 21:36 Uhr.

Damit sind es 8 Ausschussmitglieder.

Öffentlicher Teil

TOP 23: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Brohm stellt die Öffentlichkeit um 22:07 Uhr wieder her.

TOP 24: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Brohm gibt die gefassten Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

BV 1106/2023

Vergabe von Bauleistungen – Straßenbeleuchtung L 30 BA2. - Lüderitz

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

BV 1109/2023

Vergabe von Bauleistungen – Errichtung einer Sirene in der Ortschaft Birkholz

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

BV 1111/2023

Vergabe von Bauleistungen – Maurer – und Abbrucharbeiten – Umnutzung Gaststätte Kulturhaus

Abstimmungsergebnis: 7x Ja, 1x Nein, 0x Enthaltung

BV 1112/2023

Vergabe von Bauleistungen – Trockenbauarbeiten Umnutzung Gaststätte Kulturhaus

Abstimmungsergebnis: 5x Ja, 3x Nein, 0x Enthaltung

BV 1113/2023

Vergabe von Bauleistungen – Tischlerarbeiten Umnutzung Gaststätte Kulturhaus

Abstimmungsergebnis: 7x Ja, 1x nein, 0x Enthaltung

TOP 25: Schließung der Sitzung

Herr Brohm schließt die Sitzung um 22:09 Uhr.

Fertiggestellt am 03.01.2024